Bundesgesetzblatt

825

Teil II

Z 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 21. Mai 1996

Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
15. 5. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze	826
	FNA: neu: 188-69 GESTA: XJ007	
15. 5. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna)	835
	FNA: neu: 188-70 GESTA: XJ008	
15. 5. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek	843
	FNA: neu: 188-71 GESTA: XJ009	
26. 3. 96	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Kultur und Bildung der Republik Litauen über jugendpolitische Zusammenarbeit	853
17. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	856

Gesetz
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze

Vom 15. Mai 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung.

(2) Auf die in Artikel 10 Abs. 2 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Für die in Artikel 10 Abs. 3 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Mai 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o utrzymaniu mostów granicznych
na granicy niemiecko-polskiej
w ciągu niemieckich dróg federalnych
i polskich dróg krajowych**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

bestrebt, die Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen und die zugehörigen Anlagen an der deutsch-polnischen Grenze in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand zu erhalten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Gegenstand dieses Abkommens ist die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der Bundesfernstraßen der Bundesrepublik Deutschland und der Landesstraßen der Republik Polen sowie der zugehörigen Anlagen in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand.

(2) Der Begriff „Erhaltung“ umfaßt alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind. Zu diesen Arbeiten gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse zu verändern. Ferner gehören dazu die Reinigung sowie der Winterdienst.

(3) Als den Grenzbrücken zugehörige Anlagen gelten die Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich dieser Anlagen.

(4) Die Erhaltung der Grenzbrücken obliegt den Vertragsstaaten nach Maßgabe der Anlage zu diesem Abkommen; sie erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Die Erhaltungsmaßnahmen werden nach den Vorschriften des erhaltungspflichtigen Vertragsstaats durchgeführt. Die Erhaltung der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen obliegt dem Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet diese Anlagen sich befinden; Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Zu erhalten sind insbesondere die Tragwerk-Konstruktionen, die Fahrbahnen auf den Grenzbrücken zwischen den Fahr-

daß zu dem Umräumen der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen und die zugehörigen Anlagen an der deutsch-polnischen Grenze in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand zu erhalten –

postanowiły, co następuje:

Artykuł 1

1. Przedmiotem niniejszej Umowy jest utrzymanie mostów granicznych w ciągu federalnych dróg Republiki Federalnej Niemiec i dróg krajowych Rzeczypospolitej Polskiej oraz przynależnych urządzeń w stanie stateczności, bezpieczeństwa ruchowego i wolnym od usterek.

2. Pojęcie „utrzymanie“ obejmuje wszelkie prace, które wymagane są do utrzymania bieżącego i odnowy mostów granicznych i przynależnych urządzeń. Do tych prac należą wszystkie przedsięwzięcia, które zapewniają użytkowanie mostów granicznych zgodnie z przepisami eksploatacyjnymi oraz ich odpowiedni stan techniczny, przy zachowaniu nośności bez zmiany istotnych wymiarów i schematu statycznego. Obejmuje ono również czyszczenie obiektów oraz utrzymanie zimowe.

3. Za urządzenia przynależne do mostów granicznych uważa się skarpy przy nasypach, umocnienia brzegów, dojazdy, jak również urządzenia odwodnienia, oświetlenia i bezpieczeństwa ruchu w obszarze tych urządzeń.

4. Utrzymanie mostów granicznych wchodzi w zakres obowiązków Umawiających się Stron, tak jak określa to załącznik do niniejszej Umowy; następuje ono we wzajemnym porozumieniu. Roboty związane z utrzymaniem przeprowadza się na podstawie przepisów tej Umawiającej się Strony, która jest zobowiązana do utrzymania. Utrzymanie urządzeń przynależnych do mostów granicznych wchodzi w zakres obowiązków tej Umawiającej się Strony, na której terytorium znajdują się te urządzenia; odpowiednio obowiązują postanowienia zdania 2.

5. Utrzymywane są przede wszystkim konstrukcje ustrojów nośnych, jezdnie na mostach granicznych między przejściami

bahnübergängen, die Geh- und Radwege auf den Grenzbrücken, Widerlager, Pfeiler, Brückengeländer, Fahrbahnübergänge, Lager, Besichtigungseinrichtungen, Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen, Verkehrszeichen sowie die Absturzsicherungen auf den Grenzbrücken und die Sicherungseinrichtungen gegen Eisgang.

Artikel 2

(1) Die Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, daß sie den Schiffsverkehr auf den Flüssen und den Verkehr auf den Grenzbrücken und deren Zufahrten sowenig wie möglich behindern.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten entsprechende Bedingungen für den Eis- und Hochwasserabfluß unter den Grenzbrücken.

(3) Die Entscheidung über die Notwendigkeit der Einrichtung einer neuen und die Veränderung einer bestehenden Dauerbeleuchtung einer Grenzbrücke, die Kostentragung und die Art und Weise der Installation bedarf einer gesonderten Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Transport und Seewirtschaft der Republik Polen unter Beteiligung der zuständigen Behörden.

(4) Jeder Vertragsstaat, dem die Erhaltung von Grenzbrücken mit Holzkonstruktionen obliegt, stellt sicher, daß dort geeignete Brandschutzgeräte und Brandschutzanlagen vorhanden sind.

Artikel 3

Jeder Vertragsstaat ist für die Verkehrssicherheit der von ihm zu erhaltenden Grenzbrücken und deren Zufahrten verantwortlich. Der erhaltungspflichtige Vertragsstaat stellt den anderen Vertragsstaat von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 4

Drei Monate nach der Unterzeichnung dieses Abkommens tauschen die Vertragsstaaten die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen, die bisher von ihnen erhalten wurden, aus. Dazu gehören insbesondere Bestandspläne, statische Berechnungen, Tragfähigkeitsberechnungen, Vereinbarungen und Verträge mit anderen Stellen, Prüfprotokolle, Bauwerksbücher und ähnliches.

Artikel 5

(1) Die Vertragsstaaten informieren einander, wenn sie Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken oder den zugehörigen Anlagen durchführen wollen, und zwar mindestens

- zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten, sofern diese Arbeiten den Straßenverkehr nicht beeinträchtigen,
- drei Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Straßenverkehrs auf der Grenzbrücke unvermeidbar ist.

(2) Jeder Vertragsstaat gewährleistet, daß seine Grenz- und Zollbehörden über die Vorbereitung und den Beginn der in Absatz 1 genannten Erhaltungsarbeiten so schnell wie möglich informiert werden.

Artikel 6

(1) Sämtliche Kosten für die Erhaltung der Grenzbrücken an der deutsch-polnischen Grenze trägt der Vertragsstaat, der gemäß der Anlage zu diesem Abkommen zur Erhaltung der Grenzbrücken verpflichtet ist.

(2) Die Kosten für die Erhaltung der in Artikel 1 Absatz 4 Satz 3 genannten Anlagen trägt der erhaltungspflichtige Vertragsstaat.

przez jezdnie, drogi na mostach granicznych dla pieszych i rowerów, przyczółki, filary, poręcze mostowe, przejścia przez jezdnie, łożyska, urządzenia rewizyjne, urządzenia odwodnienia i oświetlenia, znaki drogowe, jak również bariery energochłonne na mostach granicznych i urządzenia ochronne przed spływającym lodem.

Artykuł 2

1. Prace związane z utrzymaniem mostów granicznych i przynależnych urządzeń wykonywane będą tak, aby w możliwie najmniejszym stopniu utrudniały one ruch statków na rzekach oraz ruch na mostach granicznych i dojazdach do nich.

2. Umawiające się Strony zapewnią odpowiednie warunki dla spływającego lodu i odprowadzenia fali powodziowej pod mostami granicznymi.

3. Decyzja o konieczności wykonania nowego oświetlenia i o zmianach w istniejącym oświetleniu stałym mostu granicznego, o ponoszeniu kosztów oraz o rodzaju i sposobie wykonania instalacji, wymaga oddzielnego porozumienia między Federalnym Ministerstwem Komunikacji Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwem Transportu i Gospodarki Morskiej Rzeczypospolitej Polskiej przy udziale właściwych władz.

4. Każda z Umawiających się Stron, do której obowiązków należy utrzymywanie mostów granicznych z konstrukcjami drewnianymi, zabezpiecza na nich odpowiedni sprzęt oraz urządzenia ochrony przeciwpożarowej.

Artykuł 3

Każda z Umawiających się Stron odpowiada za bezpieczeństwo ruchu na utrzymywanych przez nią mostach granicznych i dojazdach do nich. Umawiająca się Strona zobowiązana do utrzymania, zwalnia drugą Umawiającą się Stronę od oszczędności osób trzecich.

Artykuł 4

Trzy miesiące po podpisaniu niniejszej umowy Umawiające się Strony wymienią znajdującą się w ich posiadaniu dokumentację mostów granicznych i przynależnych urządzeń, które dotychczas były przez nią utrzymywane. Należą do niej przede wszystkim plany stanu istniejącego, obliczenia statyczne, obliczenia nośności, porozumienia i umowy z innymi jednostkami, protokoły z kontroli, książki mostowe i temu podobne.

Artykuł 5

1. Umawiające się Strony informują się wzajemnie o zamiarze przeprowadzenia prac związanych z utrzymaniem mostów granicznych lub przynależnych urządzeń co najmniej:

- na dwa tygodnie przed rozpoczęciem prac, o ile prace te nie utrudniają ruchu drogowego,
- na trzy miesiące przed rozpoczęciem prac, o ile nie można uniknąć ograniczeń albo przejściowego zawieszenia ruchu drogowego na moście granicznym.

2. Każda z Umawiających się Stron gwarantuje, że jej władze graniczne i celne poinformowane zostaną w możliwie najkrótszym czasie o przygotowaniach i rozpoczęciu prac utrzymania wymienionych w ustępie 1.

Artykuł 6

1. Wszelkie koszty związane z utrzymaniem mostów granicznych na granicy niemiecko-polskiej ponosi ta Umawiająca się Strona, która zobowiązana jest do ich utrzymania zgodnie z załącznikiem do niniejszej Umowy.

2. Koszty utrzymania urządzeń wymienionych w artykule 1, punkt 4, zdanie 3, ponosi ta z Umawiających się Stron, która zobowiązana jest do ich utrzymania.

Artikel 7

(1) Die mit der Planung, Ausführung und Überwachung der in Artikel 1 genannten Arbeiten sowie mit den in Artikel 8 genannten Zustandskontrollen der Grenzbrücken beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben die Grenze im Bereich der Grenzbrücken überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken sowie der zugehörigen Anlagen aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die mit den vorgenannten Tätigkeiten beschäftigt sind, dürfen die Grenzbrücken überschreiten, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen. Die in den Sätzen 1 und 2 genannten Personen bedürfen für die Tätigkeit auf dem Gebiet des jeweils anderen Vertragsstaats, das zu betreten sie befugt sind, keiner Arbeitserlaubnis.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 8

(1) Im Abstand von jeweils fünf Jahren haben die Vertreter der Vertragsstaaten im Beisein von Vertretern der zuständigen Grenzbehörden an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durchzuführen.

(2) Außer diesen gemeinsamen Zustandskontrollen werden getrennte Kontrollen der Vertragsstaaten an den von ihnen zu erhaltenden Grenzbrücken nach den jeweils geltenden nationalen Vorschriften durchgeführt. Die Vertragsstaaten tauschen die Ergebnisse der getrennten Kontrollen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Kontrollen des Zustands der Grenzbrücken gegenseitig aus.

(3) Aus besonderem Anlaß, z. B. bei ungewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß oder ähnlichen Unfällen, muß eine gemeinsame Zustandskontrolle durchgeführt werden.

(4) Die gemeinsamen Zustandskontrollen nach den Absätzen 1 und 3 werden von dem erhaltungspflichtigen Vertragsstaat veranlaßt. Er läßt eine Niederschrift über jede Kontrolle anfertigen und veranlaßt, daß sie der zuständigen Straßenbaubehörde des anderen Vertragsstaats übergeben wird.

Artikel 9

Sollen die Haupttragwerksteile einer Grenzbrücke (Überbau, Pfeiler, Widerlager, Gründung) ersetzt oder soll eine Grenzbrücke umgebaut werden (z. B. Verbreiterung, Verstärkung zur Wiederherstellung oder Erhöhung der ursprünglichen Tragfähigkeit), so ist von den Vertragsstaaten eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

Artykuł 7

1. Pracownicy każdej z Umawiających się Stron, którym powierzono planowanie, realizację i nadzór prac wymienionych w artykule 1 oraz wymienionych w artykule 8, kontroli stanu mostów granicznych oraz wszyscy inni biorący udział w wyżej wymienionych czynnościach obywatele Umawiających się Stron i obywatele państw członkowskich Unii Europejskiej, które z Rzeczpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, mogą dla realizacji tych zadań przekraczać granicę w rejonie mostów granicznych oraz przebywać na tej części mostów granicznych i należących do nich urządzeń, które znajdują się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, którzy są zatrudnieni przy wyżej wymienionych czynnościach mogą przekraczać mosty graniczne, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i pozwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron. Osoby wymienione w zdaniu 1 i 2 uprawnione do przekraczania granicy w związku z wykonywaniem czynności na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, nie potrzebują zezwolenia na pracę.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać przy sobie dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Każda z Umawiających się Stron będzie zawsze i bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

4. Szczegółowe zagadnienia dotyczące utrzymania bezpieczeństwa i porządku w rejonie mostów granicznych zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe władze graniczne we wzajemnym porozumieniu.

5. Postanowienia niniejsze będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą odrębnych porozumień dotyczących przekraczania granicy.

Artykuł 8

1. Co pięć lat przedstawiciele Umawiających się Stron mają obowiązek przeprowadzić w obecności przedstawicieli kompetentnych władz granicznych wspólne przeglądy stanu istniejącego każdego mostu granicznego i przynależnych urządzeń.

2. Poza tymi wspólnymi przeglądami stanu istniejącego, Umawiające się Strony przeprowadzają oddzielnie przeglądy mostów granicznych, do utrzymania których są zobowiązane, według obowiązujących każdorazowo przepisów krajowych. Umawiające się Strony wymieniają wzajemnie wyniki oddzielnych przeglądów dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi przeglądami stanu istniejącego mostów granicznych.

3. Wspólny przegląd stanu istniejącego musi być przeprowadzony z powodów specjalnych, w szczególności z powodu wyjątkowo wysokiego stanu wody, spływu lodu, zderzenia statku z mostem granicznym lub innych nieszczęśliwych wypadków.

4. Wspólne przeglądy stanu istniejącego zgodnie z ust. 1 i 3 organizuje ta z Umawiających się Stron, która jest zobowiązana do utrzymania mostu granicznego. Poleca ona sporządzenie protokołu z każdego przeglądu i powoduje przekazanie go kompetentnemu organowi budownictwa drogowego drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 9

W przypadku, jeśli powinny być wymienione główne części nośne mostu granicznego (dźwigary główne, filary, przyczółki, posadowienie) lub jeśli most graniczny powinien być przebudowany (np. poszerzony, wzmocniony w celu przywrócenia lub podwyższenia pierwotnej nośności), konieczne jest zawarcie odrębnego porozumienia między Umawiającymi się Stronami.

Artikel 10

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der in Nummer 1 der Anlage zu diesem Abkommen bezeichneten Grenzbrücken bewirkt werden, ist das deutsche Umsatzsteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine polnische Waren- und Dienstleistungssteuer erhoben.

(2) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der in Nummer 2 der Anlage zu diesem Abkommen bezeichneten Grenzbrücken bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Verwaltungen.

(4) Die zur Erhaltung der Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(6) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom 18. Dezember 1972.

Artikel 11

(1) Die diesem Abkommen beigefügte Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens. Wird aufgrund einer gesonderten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eine neue Grenzbrücke errichtet oder wird eine bestehende Grenzbrücke wieder in Betrieb genommen, so regeln sich die Erhaltung dieser Grenzbrücken und die damit zusammenhängenden Fragen ebenfalls nach diesem Abkommen. Die Anlage ist jeweils im Wege eines Notenwechsels zu ergänzen. Die Anlage ist auch zu ändern, wenn eine Grenzbrücke außer Betrieb genommen wird; Satz 3 gilt entsprechend. Im Falle der Umstufung der Straße ist eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 ist soweit wie möglich sicherzustellen, daß das Verhältnis der von jedem Vertragsstaat zu erhaltenden Brückenflächen dem Verhältnis der Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entspricht.

Artikel 12

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des Rechts des jeweiligen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

Artykuł 10

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z utrzymaniem mostów granicznych wymienionych pod numerem 1 załącznika do niniejszej Umowy należy stosować niemieckie prawo dotyczące podatku obrotowego. Od tych obrotów nie będzie pobierany polski podatek od towarów i usług.

2. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z utrzymywaniem mostów granicznych wymienionych pod numerem 2 załącznika do niniejszej Umowy należy stosować polskie prawo dotyczące podatku od towarów i usług. Od tych obrotów nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

3. Od towarów, które sprowadzane są z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony za wyjątkiem opłat celnych nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe, o ile towary te będą stosowane do utrzymania mostów granicznych. Gwarancje nie są wymagane. Postanowienia zdania 1 nie obowiązują przy wwozie towarów dla administracji publicznych.

4. Towary potrzebne do utrzymania mostów granicznych nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym zakazom i ograniczeniom.

5. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron będą porozumiewać się i przekazywać sobie wszystkie niezbędne informacje oraz udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu swych przepisów prawnych i administracyjnych w zakresie ustaleń ustępów od 1 do 4. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania na mostach granicznych i podejmowania tam działań w zakresie ustaleń ustępów od 1 do 4, które są przewidziane w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym, prawa suwerenności Umawiających się Stron pozostają nienaruszone.

6. Nienaruszone pozostają postanowienia Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, w sprawie zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokółu do tej Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r.

Artykuł 11

1. Załącznik do niniejszej Umowy jest jej częścią składową. Jeśli na podstawie oddzielnego porozumienia między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską wybudowany zostanie nowy most graniczny lub istniejący most graniczny zostanie przywrócony do eksploatacji, wówczas utrzymanie tych mostów granicznych oraz związane z tym problemy reguluje również niniejsza Umowa. Załącznik należy wówczas każdorazowo uzupełnić w drodze wymiany not. Załącznik należy również zmienić, jeśli jakkolwiek most graniczny zostanie wyłączony z eksploatacji; odpowiednio obowiązują postanowienia zdania 3. W przypadku zmiany klasyfikacji drogi należy zawrzeć odrębne porozumienie.

2. W przypadkach przewidzianych w ustępie 1 należy zapewnić w możliwie największym stopniu, aby stosunek powierzchni mostów utrzymywanych przez każdą z Umawiających się Stron odpowiadał stosunkowi powierzchni mostów znajdujących się na terytorium każdej z Umawiających się Stron.

Artykuł 12

Jeżeli na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z regulacjami prawa każdej z Umawiających się Stron, przekazywane będą dane osobowe, obowiązują w odniesieniu do nich przy przestrzeganiu przepisów prawnych każdej z Umawiających się Stron, następujące ustalenia:

- a) wykorzystanie danych przez odbiorcę dopuszczalne jest jedynie w podanym celu oraz przy zachowaniu warunków określonych przez tę z Umawiających się Stron, która dane te przekazuje,

- b) Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.
- g) Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- b) na prośbę odbiorca informuje Umawiającą się Stronę, która przekazuje dane, o sposobie ich wykorzystania oraz osiągniętych dzięki temu rezultatach,
- c) dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie tym jednostkom, które są upoważnione do ich odbioru. Dalsze przekazywanie danych innym jednostkom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez jednostkę przekazującą dane,
- d) Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest do zwrócenia szczególnej uwagi na ich prawidłowość oraz potrzebę ich dostarczenia z uwzględnieniem celu, który może być osiągnięty dzięki przekazaniu tych danych. Należy przy tym przestrzegać obowiązujących zakazów przekazywania danych według prawa każdej z Umawiających się Stron. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawidłowe albo dane, których nie wolno było przekazać, należy powiadomić o tym niezwłocznie odbiorcę. Zobowiązany on jest do poprawienia albo zniszczenia danych,
- e) na wniosek zainteresowanego należy poinformować go o istniejących danych, które dotyczą jego osoby oraz o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek informowania nie istnieje, jeśli okaże się, że w przypadku nieudzielenia informacji interes publiczny przeważa nad interesem osoby, której udzielonoby informacji. Poza tym prawo zainteresowanego do otrzymania informacji o istniejących danych dotyczących jego osoby respektowane jest według prawa tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji,
- f) jeśli ktoś poniesie szkodę wskutek sprzecznego z prawem rozpowszechniania informacji pozyskanych w ramach wymiany danych według niniejszej Umowy, odpowiedzialność wobec niego spoczywa na Stronie odbierającej dane zgodnie z obowiązującym ją prawem. Dla oczyszczenia się z zarzutów nie może ona w stosunku do poszkodowanego powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez Stronę przekazującą dane,
- g) Umawiająca się Stronę, która przekazuje dane, informuje przy przekazywaniu o terminach ich likwidacji obowiązujących według jej prawa. Niezależnie od tych terminów, należy zlikwidować przekazane dane osobowe w przypadku, jeżeli dla tego celu, dla którego zostały przekazane, nie są już wymagane,
- h) Umawiające się Strony są zobowiązane do udokumentowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych osobowych,
- i) Umawiające się Strony są zobowiązane do skutecznego chronienia przekazanych danych osobowych przed nieupoważnionym dostępem, nieupoważnioną zmianą i nieupoważnionym podaniem do wiadomości.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von den Vertragsstaaten nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Aufhebung dieses Abkommens und eine Neuregelung verhandeln.

Artikel 14

Die Bestimmungen der Vereinbarung vom 17. Januar 1958 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung der Grenzstraßenbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze werden mit Inkrafttreten dieses Abkommens auf die in der Anlage zu diesem Abkommen genannten Grenzbrücken nicht mehr angewandt.

Artykuł 13

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona, uzupełniona lub uchylona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmieniają się zasadniczo warunki na jakich była ona zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie uchylenia niniejszej Umowy i ustalenia nowych uregulowań.

Artykuł 14

W momencie wejścia w życie niniejszej Umowy, odnośnie mostów granicznych wymienionych w załączniku do niniejszej Umowy nie ma już zastosowania Porozumienie z dnia 17 stycznia 1958 r. między Ministerstwem Komunikacji Republiki Demokratycznej a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o utrzymaniu granicznych mostów drogowych na polsko-niemieckiej granicy państwowej.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 15

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko, jak będzie to tylko możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej

Liberadzki

**Anlage
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

**Załącznik
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o utrzymaniu mostów granicznych
na granicy niemiecko-polskiej
w ciągu niemieckich dróg federalnych
i polskich dróg krajowych**

1. Der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Erhaltung a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Hohenwutzen und Niederwutzen (Osinow Dolny) im Zuge der deutschen Straße B 158 und der polnischen Straße 124, b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Frankfurt/Oder und Schwetig (Swiecko) im Zuge der deutschen Straße A 12 und der polnischen Straße A 2, c) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Frankfurt/Oder und Słubice im Zuge der deutschen Straße B 5 und der polnischen Straße 137, d) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Ludwigsdorf und Jedrzychowice im Zuge der deutschen Straße A 4 und der polnischen Straße A 4; unberührt bleibt das Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec. 2. Der Republik Polen obliegt die Erhaltung a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Mescherin und Greifenhagen (Gryfino) im Zuge der deutschen Straße B 113 und der polnischen Straße 120, b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Schwedt und Nieder Kränig (Krajnik Dolny) im Zuge der deutschen Straße B 166 und der polnischen Straße 123, c) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Kietz-Küstrin und Küstrin (Kostrzyn) im Zuge der deutschen Straße B 1 und der polnischen Straße 22, d) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Guben und Gubin im Zuge der deutschen Straße B 97 und der polnischen Straße 274, e) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Guben und Gubinek im Zuge der deutschen Straße B 97 (neuer Straßenabschnitt) und der polnischen Straße 274 (neuer Straßenabschnitt), f) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Forst und Erlenholz (Olszyna) im Zuge der deutschen Straße A 15 und der polnischen Straße A 12, g) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Bad Muskau und Lugnitz (Leknica) im Zuge der deutschen Straße S 89 a und der polnischen Straße 298,	1. Republika Federalna Niemiec jest zobowiązana do utrzymania: a) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Hohenwutzen i Osinów Dolny w ciągu niemieckiej drogi B 158 i polskiej drogi 124, b) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Frankfurt n/Odrą i Świecko w ciągu niemieckiej drogi A 12 i polskiej drogi A 2, c) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Frankfurt n/Odrą i Słubice w ciągu niemieckiej drogi B 5 i polskiej drogi 137, d) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Ludwigsdorf i Jedrzychowice w ciągu niemieckiej drogi A 4 i polskiej drogi A 4; nie naruszona pozostaje Umowa z dnia 29 lipca 1992 r. między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o połączeniu autostrad i o budowie urządzeń odprawy granicznej dla nowego przejścia granicznego w rejonie Görlitz-Zgorzelec. 2. Rzeczpospolita polska jest zobowiązana do utrzymania: a) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Mescherin i Gryfino w ciągu niemieckiej drogi B 113 i polskiej drogi 120, b) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Schwedt i Krajnik Dolny w ciągu niemieckiej drogi B 166 i polskiej drogi 123, c) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Kietz-Küstrin i Kostrzyn w ciągu niemieckiej drogi B 1 i polskiej drogi 22, d) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Guben i Gubin w ciągu niemieckiej drogi B 97 i polskiej drogi 274, e) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Guben i Gubinek w ciągu niemieckiej drogi B 97 (nowy odcinek drogi) i polskiej drogi 274 (nowy odcinek drogi), f) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Forst i Olszyna w ciągu niemieckiej drogi A 15 i polskiej drogi A 12, g) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Bad Muskau i Łąknica w ciągu niemieckiej drogi S 89 a i polskiej drogi 298,

- h) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Görlitz und Zgorzelec im Zuge der deutschen Straße B 6 und der polnischen Straße 4,
 - i) der Grenzbrücke zwischen den Ortschaften Zittau und Klein Schönau (Sieniawka) im Zuge der deutschen Straße S 20 (Chopinstraße) und der polnischen Straße 354,
 - j) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Zittau und Poritsch (Porajów) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße (Friedensstraße) und der polnischen Straße 1026.
- h) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Görlitz i Zgorzelec w ciągu niemieckiej drogi B 6 i polskiej drogi 4,
 - i) mostu granicznego między miejscowościami Zittau i Sieniawka w ciągu niemieckiej drogi S 20 (Chopinstrasse) i polskiej drogi 354,
 - j) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Zittau i Porajów w ciągu niemieckiej drogi gminnej (Friedensstrasse) i polskiej drogi 1026.

Die unter den Buchstaben g), i) und j) genannten Grenzbrücken liegen in der Republik Polen im Zuge der Landesstraßen, in der Bundesrepublik Deutschland hingegen im Zuge der Straßen des nachgeordneten Netzes.

Mosty graniczne wymienione pod literą g), i) i j) są zlokalizowane w Republice Federalnej Niemiec w ciągu sieci dróg drugorzędnych, natomiast w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg krajowych.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß
sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke
im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna)

Vom 15. Mai 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna) sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 21. März 1995 anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Mai 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Autobahnzussammenschluß
sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke
im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna)**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
i Rzeczpospolitą Polską
o połączeniu autostrad
oraz o budowie i przebudowie mostu granicznego
w rejonie Forstu i Olszyny**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern –

kierują się życzeniem usprawnienia ruchu drogowego między obydwojma Państwami oraz w tranzycie przez terytorium obydwoj Państw, zgodnie z traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 r.

sind wie folgt übereingekommen:

postanowiły, co następuje:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Autobahn A 15 in Richtung Osten und die polnische Autobahn A 12 in Richtung Westen sollen im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna) ausgebaut werden.

(2) Zu diesem Zweck wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen die Autobahnbrücke über die Neiße (Grenzbrücke) für die Fahrtrichtung Breslau–Berlin neu errichtet und in Fahrtrichtung Berlin–Breslau umgebaut.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 2 genannten Bauvorhaben im deutschen und polnischen Hoheitsgebiet im Jahr 1998 fertigzustellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Republik Polen übernimmt die

- a) Vermessung,
 - b) Planung und Entwurf,
 - c) Ausschreibung,
 - d) Auftragsvergabe,
 - e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - f) Bauüberwachung und
 - g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

1. Polska autostrada A 12 w kierunku zachodnim i niemiecka autostrada A 15 w kierunku wschodnim powinny być rozbudowane w rejonie Forstu i Olszyny.

2. W tym celu na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej wybudowany zostanie nowy most autostradowy dla kierunku jazdy z Wrocławia do Berlina, oraz przebudowany zostanie autostradowy most graniczny przez rzekę Nysę dla kierunku jazdy z Berlina do Wrocławia.

3. Umawiające się Strony dążą, aby przedsięwzięcia budowlane wymienione w ustępie 2 zostały zakończone na terytorium niemieckim i polskim w 1998 r.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

1. Rzeczpospolita Polska przejmie wykonanie:

- a) prac pomiarowych,
 - b) prac planistycznych i projektowych,
 - c) ogłoszenia przetargu,
 - d) zlecenia robót budowlanych,
 - e) sprawdzenia dokumentacji wykonawczej,
 - f) sprawowania nadzoru budowlanego,
 - g) sprawdzenia rozliczenia prac zleconych umowami
- dotyczących mostu granicznego, każdorazowo w porozumieniu z Republiką Federalną Niemiec.

(2) Für den Bau und den Umbau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- die Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und
- die Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Republik Polen geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Die Tragfähigkeit der Grenzbrücke nach der deutschen Norm DIN 1072 wird durch Vergleichsrechnung geprüft. Das Bundesministerium für Verkehr stellt der polnischen Seite den Text dieser Norm zur Verfügung. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Normen und Vorschriften vereinbaren.

Artikel 3

Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau und den Umbau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4

Abnahme

Die Abnahme der Bauleistungen wird von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten polnischen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen.

Artikel 5

Erhaltung

Die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Grenzbrücke sowie die Reinigung und der Winterdienst auf der Grenzbrücke wird von den Vertragsstaaten gesondert geregelt.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Grunderwerb, den Bau und den Umbau der Grenzbrücke sowie die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Republik Polen getragen. Die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten werden mit 10 vom Hundert der Bau- und Umbaukosten ohne die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer berücksichtigt.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen und für den Entwurf der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Republik Polen den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

2. Przy budowie i przebudowie mostu granicznego przedsiębiorstwa realizujące zlecenie zostaną zobowiązane w Umowie o robotach budowlanych do wystawiania oddzielnych rachunków za wykonanie:

- przyczółków i filarów na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu łącznie z tymi pracami, które mogą być wykonane tylko dla całego obiektu budowlanego, odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór, a granicą między terytoriami Umawiających się Stron.

3. Most graniczny będzie projektowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Rzeczypospolitej Polskiej. Nośność mostu granicznego zostanie sprawdzona według niemieckiej normy DIN 1072 przez przeprowadzenie obliczeń porównawczych. Federalne Ministerstwo Komunikacji Republiki Federalnej Niemiec udostępni stronie polskiej tekst tej normy. Dla pojedynczych elementów budowlanych Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie niemieckich norm i przepisów.

Artykuł 3

Pozyskanie gruntów

Każda z Umawiających się Stron zadba, aby na jej terytorium zostały w odpowiednim czasie przekazane do dyspozycji, na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny dla budowy i przebudowy mostu granicznego.

Artykuł 4

Odbiór

Odbiór robót budowlanych dokonywany będzie przez właściwe administracje obydwu Umawiających się Stron, w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenia, według prawa polskiego stosowanego w umowach dotyczących robót budowlanych.

Artykuł 5

Utrzymanie

Zasady utrzymania (utrzymanie bieżące i odnowa) mostu granicznego jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe na moście granicznym zostaną uregulowane oddzielnie przez Umawiające się Strony.

Artykuł 6

Koszty

1. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty pozyskania gruntów, budowy i przebudowy mostu granicznego jak również koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1, dla tej części mostu, która znajduje się na jej terytorium. Przy podziale tych kosztów nie należy uwzględniać polskiego podatku od towarów i usług. Podatek ten będzie obciążał wyłącznie Rzeczpospolitą Polską. Koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1 będą wynosiły 10 % kosztów budowy i przebudowy mostu bez uwzględnienia polskiego podatku od towarów i usług.

2. Istniejąca dokumentacja niezbędna do planowania i projektowania mostu granicznego zostanie bezpłatnie przekazana wzajemnie do dyspozycji. W szczególności chodzi tu o dokumentację geodezyjną oraz badania gruntu.

Artykuł 7

Płatności

1. Republika Federalna Niemiec będzie przekazywała Rzeczypospolitej Polskiej przypadające na nią części płatności zaliczkowych dotyczących mostu granicznego, które dokonywane będą na rzecz zleceniobiorców odpowiednio do postępu prac budowlanych.

(2) Die Republik Polen wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstrittigen Beiträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, der Bestellurkunden und der festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die beim Bau und Umbau der Grenzbrücke beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau und Umbau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau und Umbau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt über die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten beschäftigten Personen unterliegen den polnischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob sie Arbeiten in dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Polen ausführen.

(4) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(5) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(6) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9

Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau und Umbau der Grenzbrücke bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau oder Umbau der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten

2. Rzeczpospolita Polska powiadamiać będzie Republikę Federalną Niemiec z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowym zapotrzebowaniu na środki finansowe dla płatności zaliczkowych oraz informować o stanie wypłat, przedstawiając zestawienia, w których wykazane będą wysokości i daty wypłat.

3. Republika Federalna Niemiec zapłaci resztę swego udziału w kosztach po odbiorze końcowym i rozliczeniu.

4. Wszystkie płatności Republiki Federalnej Niemiec dokonywane będą w markach niemieckich.

5. Powstanie rozbieżności nie wstrzymuje płatności kwot nie będących przedmiotem sporu.

6. Republika Federalna Niemiec otrzyma kopie umów budowlanych, zamówień i potwierdzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artykuł 8

Prawo przekraczania granicy

1. Pracownicy każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie i przebudowie mostu granicznego oraz wszyscy inni biorący udział w budowie i przebudowie obywatele Umawiających się Stron i obywatele państw członkowskich Unii Europejskiej, które z Rzeczpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, mogą dla realizacji tego zadania przekraczać granicę w rejonie placu budowy mostu granicznego oraz przebywać na tej części placu budowy, która znajduje się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, którzy są zatrudnieni przy budowie i przebudowie mostu granicznego, mogą przekraczać granicę w rejonie placu budowy, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i pozwolenia wymagane według ustaleń Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekraczania granicy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Pracownicy wymienieni w ustępie 1 oraz inne zatrudnione osoby wymienione w tym ustępie podlegają polskim przepisom prawnym w zakresie uzyskiwania zezwoleń na pracę dla cudzoziemców, niezależnie od tego, czy prace wykonywane będą na terytorium Republiki Federalnej Niemiec czy Rzeczypospolitej Polskiej.

4. Każda z Umawiających się Stron będzie zawsze i bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

5. Szczegółowe zagadnienia dotyczące utrzymania bezpieczeństwa i porządku w rejonie placu budowy mostu granicznego zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe władze graniczne we wzajemnym porozumieniu.

6. Niniejsze ustalenia będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą odrębnych porozumień dotyczących przekraczania granicy.

Artykuł 9

Postanowienia podatkowe

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane będą w związku z budową i przebudową mostu granicznego należy stosować polskie prawo o podatku od towarów i usług. Od obrotów tych nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

2. Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe za wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy oraz przebudowy mostu granicznego. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwa-

werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau oder Umbau der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom 18. Dezember 1972.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission für den Bau und den Umbau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus und des Umbaus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur

- a) Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme des Bauwerks,
- f) Kostenteilung für den Bau und Umbau der Grenzbrücke,
- g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(5) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11

Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des Rechts des jeweiligen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage zu die-

ranje nie są wymagane. Postanowienia zdania pierwszego nie obowiązują przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

3. Towary potrzebne do budowy i przebudowy mostu granicznego nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym ograniczeniom i zakazom.

4. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje oraz udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązujących ich przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień ustępów od 1 do 3. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania na placu budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień ustępów od 1 do 3, które określono w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym prawa suwerenności Umawiających się Stron pozostają nienaruszone.

5. Nienaruszone pozostają postanowienia Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokołu do tej Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r.

Artykuł 10

Komisja Mieszana

1. Do spraw budowy i przebudowy mostu granicznego zostanie utworzona niemiecko-polska Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z przewodniczących obu delegacji oraz z członków delegowanych na posiedzenia przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swym przewodnictwem posiedzenie Komisji, w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbyć się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

2. Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie podstawowych problemów dotyczących budowy i przebudowy mostu granicznego jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

- a) konstrukcji i wymiarów mostu granicznego,
- b) określenia zakresu wspólnych prac,
- c) sprawdzenia projektu budowlanego i propozycji zlecenia prac,
- d) osiągnięcia wspólnego stanowiska odnośnie płatności i warunków płatności,
- e) odbioru obiektu budowlanego,
- f) podziału kosztów budowy i przebudowy mostu granicznego,
- g) przekazania i przyjęcia obiektu budowlanego,
- h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

3. Każda delegacja w Komisji Mieszanej może zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia dokumentów, które uzna za niezbędne do przygotowania decyzji Komisji.

4. Każda z Umawiających się Stron może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

5. Komisja Mieszana podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 11

Ochrona danych osobowych

Jeśli na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z regulacjami prawa każdej z Umawiających się Stron, przekazywane będą dane osobowe, obowiązują w odniesieniu do nich przy przestrze-

sem Abkommen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften. Die Anlage ist Bestandteil des Abkommens.

Artikel 12

Sonstige Bauvorhaben

(1) Zur Schaffung der erforderlichen Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Grenzabfertigung des Warenverkehrs (Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren einschließlich der Transportmittel) ist der Bau von Grenzabfertigungsanlagen (Gebäude, Parkplätze, sonstige Einrichtungen) erforderlich. Diese sollen im Hoheitsgebiet der Republik Polen errichtet werden.

(2) Die Errichtung der Grenzabfertigungsanlagen und die damit zusammenhängenden Fragen werden von den Vertragsstaaten auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

Artikel 13

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 14

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Neuregelung verhandeln.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

ganiu przepisów prawnych każdej z Umawiających się Stron, ustalenia zawarte w Załączniku do tej Umowy. Załącznik jest częścią składową niniejszej Umowy.

Artykuł 12

Pozostałe przedsięwzięcia budowlane

1. W celu uzyskania wymaganej wydajności oraz funkcjonalności odpraw granicznych towarów (wvóz, wywóz i przewozy towarów tranzytem, łącznie ze środkami transportu) wymagana jest budowa urządzeń odprawy granicznej (budynek, parkingi i inne urządzenia). Powinny być one zlokalizowane na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Budowa urządzeń odprawy granicznej oraz problemy z nią związane będą uregulowane oddzielnie między Umawiającymi się Stronami na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską z dnia 29 lipca 1992 r. o ułatwieniach w odprawie granicznej.

Artykuł 13

Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 14

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona, uzupełniona albo uchylona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmieniają się zasadniczo warunki na jakich była ona zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie ustalenia nowych uregulowań.

Artykuł 15

Wejście w życie Umowy

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko, jak będzie to tylko możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Anlage
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Autobahnzusammenschluß
sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke
im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna)

Załącznik
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o połączeniu autostrad
oraz o budowie i przebudowie mostu granicznego
w rejonie Forstu i Olszyny

Datenschutz

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.
7. Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
8. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Ochrona danych osobowych

1. Wykorzystanie danych przez odbiorcę dopuszczalne jest jedynie w podanym celu oraz przy zachowaniu warunków określonych przez tę z Umawiających się Stron, która dane te przekazuje.
2. Na prośbę odbiorcy informuje Umawiająca się Stronę, która przekazuje dane, o sposobie ich wykorzystania oraz o osiągniętych dzięki temu rezultatach.
3. Dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie tym jednostkom, które są upoważnione do ich odbioru. Dalsze przekazywanie danych innym jednostkom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez jednostkę przekazującą dane.
4. Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest do zwrócenia uwagi na ich prawidłowość oraz potrzebę ich dostarczenia z uwzględnieniem celu, któremu ma służyć przekazanie tych danych. Należy przy tym przestrzegać obowiązujących zakazów przekazywania danych według prawa każdej z Umawiających się Stron. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawidłowe albo dane, których nie wolno było przekazać należy powiadomić o tym niezwłocznie odbiorcę. Zobowiązany on jest do poprawienia albo zniszczenia danych.
5. Na wniosek zainteresowanego należy poinformować go o istniejących danych, które dotyczą jego osoby oraz o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek informowania nie istnieje, jeśli okaże się, że w przypadku nie udzielenia informacji interes publiczny przeważa nad interesem osoby, której udzielonoby informacji. Poza tym prawo zainteresowanego do otrzymania informacji o istniejących danych dotyczących jego osoby respektowane jest według prawa tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.
6. Jeśli ktoś poniesie szkody wskutek sprzecznego z prawem rozpowszechniania informacji pozyskanych w ramach wymiany danych według niniejszej Umowy, odpowiedzialność wobec niego spoczywa na Stronie odbierającej dane zgodnie z obowiązującym ją prawem. Dla oczyszczenia się z zarzutów nie może ona w stosunku do poszkodowanego powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez Stronę przekazującą dane.
7. Umawiająca się Strona, która przekazuje dane, informuje przy przekazywaniu o terminach ich likwidacji obowiązujących według jej prawa. Niezależnie od tych terminów, należy zlikwidować przekazane dane osobowe w przypadku, jeżeli dla tego celu, dla którego zostały przekazane, nie są już wymagane.
8. Umawiające się Strony są zobowiązane do udokumentowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych osobowych.
9. Umawiające się Strony są zobowiązane do skutecznego chronienia przekazanych danych osobowych przed nieupoważnionym dostępem, nieupoważnioną zmianą i nieupoważnionym podaniem do wiadomości.

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß sowie über den Bau und den Umbau einer Grenzbrücke im Raum Forst und Ertenholz (Olszyna) Nachstehendes vereinbart, das Bestandteil des Abkommens ist:

1. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke sicherzustellen, wird nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen.
2. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protokół

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

przy okazji podpisania Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o połączeniu autostrad oraz o budowie i przebudowie mostu granicznego w rejonie Forstu i Olszyny przyjęły następujące uzgodnienia, które stanowią integralną część tej Umowy:

1. W celu możliwie najszybszego oddania do eksploatacji mostu granicznego i dla poprawy warunków komunikacyjnych między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską prace budowlane zostaną rozpoczęte po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie.
2. Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć, uzgodnienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

Gesetz
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Zusammenschluß
der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274
sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek

Vom 15. Mai 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 21. März 1995 anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Mai 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Zusammenschluß
der deutschen Bundesstraße B 97
und der polnischen Landesstraße 274
sowie über den Bau einer Grenzbrücke
im Raum Guben und Gubinek**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o połączeniu
niemieckiej drogi federalnej B 97
i polskiej drogi krajowej 274
oraz o budowie mostu granicznego
w rejonie Guben i Gubinka**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern –

kierując się życzeniem usprawnienia ruchu drogowego między obydwojoma Państwami oraz w tranzycie przez terytoria obydwu Państw, zgodnie z Traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 r.

sind wie folgt übereingekommen:

postanowiły, co następuje:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Bundesstraße B 97 in Richtung Osten und die polnische Landesstraße 274 in Richtung Westen sollen im Raum Guben und Gubinek zusammengeschlossen werden.

(2) Zu diesem Zweck werden folgende Bauvorhaben durchgeführt:

- a) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland der Bau der Ortsumgehung Guben im Zuge der deutschen Bundesstraße B 97 (Ortsumgehung Guben),
- b) im Hoheitsgebiet der Republik Polen der Bau der Ortsumgehung Guben (Gubin) im Zuge der polnischen Landesstraße 274 (Ortsumgehung Guben (Gubin) sowie der Ausbau der bestehenden Zufahrtsstraße),
- c) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen der Bau der Brücke über die Neiße (Grenzbrücke).

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 2 genannten Bauvorhaben im Jahr 1998 fertigzustellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Republik Polen übernimmt die

- a) Vermessung,
- b) Planung und Entwurf,
- c) Ausschreibung,

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

1. Niemiecka droga federalna B 97 w kierunku wschodnim i polska droga krajowa 274 w kierunku zachodnim powinny być połączone w rejonie Guben i Gubinka.

2. W tym celu zrealizowane zostaną następujące przedsięwzięcia budowlane:

- a) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec budowa objazdu miejscowości Guben w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 97 (objazd miejscowości Guben),
- b) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej budowa objazdu miejscowości Gubin w ciągu polskiej drogi krajowej 274 (objazd miejscowości Gubin oraz modernizacja istniejącej drogi dojazdowej),
- c) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej budowa mostu granicznego przez rzekę Nysę (most graniczny).

3. Umawiające się Strony dążą, aby przedsięwzięcia budowlane wymienione w ustępie 2 zostały zakończone w 1998 r.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

1. Rzeczpospolita Polska przejmie wykonanie:

- a) prac pomiarowych,
- b) prac planistycznych i projektowych,
- c) ogłoszenia przetargu,

- d) Auftragsvergabe,
 - e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - f) Bauüberwachung und
 - g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Für den Bau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- die Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und
- die Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Republik Polen geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Die Tragfähigkeit der Grenzbrücke nach der deutschen Norm DIN 1072 wird durch Vergleichsrechnung geprüft. Das Bundesministerium für Verkehr stellt der polnischen Seite den Text dieser Norm zur Verfügung. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Normen und Vorschriften vereinbaren.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten für die Ortsumgehung Guben; die Republik Polen übernimmt die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten für die Ortsumgehung Guben (Gubin).

Artikel 3 Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Anlagen dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4 Abnahme

(1) Die Abnahme der Bauleistungen für die Grenzbrücke wird von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten polnischen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen.

(2) Die Abnahme der Bauleistungen für die Ortsumgehung Guben wird von der zuständigen Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen; die Abnahme der Bauleistungen für die Ortsumgehung Guben (Gubin) einschließlich der bestehenden Zufahrtsstraße wird von der zuständigen Verwaltung der Republik Polen nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten polnischen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen.

Artikel 5 Erhaltung

(1) Die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Grenzbrücke sowie die Reinigung und der Winterdienst auf der Grenzbrücke wird von den Vertragsstaaten gesondert geregelt.

(2) Die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Ortsumgehung Guben sowie die Reinigung und den

- d) zlecenia robót budowlanych,
 - e) sprawdzenia dokumentacji wykonawczej,
 - f) sprawowania nadzoru budowlanego,
 - g) sprawdzenia rozliczenia prac zleconych umowami,
- dotyczących mostu granicznego, w porozumieniu z Republiką Federalną Niemiec.

2. Przy budowie mostu granicznego przedsiębiorstwa realizujące zlecenie zostaną zobowiązane w umowie o robotach budowlanych do wystawiania oddzielnych rachunków za wykonanie:

- przyczółków i filarów na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu włącznie z tymi pracami, które mogą być wykonane tylko dla całego obiektu budowlanego, odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór, a granicą między terytoriami Umawiających się Stron.

3. Most graniczny będzie projektowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Rzeczypospolitej Polskiej. Nośność mostu granicznego zostanie sprawdzona według niemieckiej normy DIN 1072 przez przeprowadzenie obliczeń porównawczych. Federalne Ministerstwo Komunikacji Republiki Federalnej Niemiec udostępni stronie polskiej tekst tej normy. Dla pojedynczych elementów budowlanych Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie niemieckich norm i przepisów.

4. Rzeczpospolita Polska przejmie wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 dla objazdu miejscowości Gubin; Republika Federalna Niemiec przejmie wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 dla objazdu miejscowości Guben.

Artykuł 3 Pozyskanie gruntów

Każda z Umawiających się Stron zadba, aby na jej terytorium zostały w odpowiednim czasie przekazane do dyspozycji, na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny dla budowy urządzeń wymienionych w artykule 1 ustępie 2.

Artykuł 4 Odbiór

1. Odbiór robót budowlanych dotyczących mostu granicznego dokonywany będzie przez właściwe administracje obydwu Umawiających się Stron, w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie, według prawa polskiego stosowanego w umowach dotyczących robót budowlanych.

2. Odbiór robót budowlanych dotyczących objazdu miejscowości Gubin wraz z istniejącą drogą dojazdową dokonywany będzie przez właściwą administrację Rzeczypospolitej Polskiej w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie według prawa polskiego stosowanego przy umowach o robotach budowlanych; odbiór robót budowlanych dotyczących objazdu miejscowości Guben dokonywany będzie przez właściwą administrację Republiki Federalnej Niemiec, w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie, według prawa niemieckiego stosowanego przy publicznych umowach budowlanych.

Artykuł 5 Utrzymanie

1. Zasady utrzymania (utrzymanie bieżące i odnowa) mostu granicznego jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe na moście granicznym zostaną uregulowane oddzielnie przez Umawiające się Strony.

2. Utrzymanie (utrzymanie bieżące i odnowę) objazdu miejscowości Gubin jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe prze-

Winterdienst übernimmt die Bundesrepublik Deutschland; die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Ortsumgehung Guben (Gubin) sowie die Reinigung und den Winterdienst übernimmt die Republik Polen.

Artikel 6 Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Grunderwerb, den Bau der Grenzbrücke sowie die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Republik Polen getragen. Die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten werden mit 10 vom Hundert der Baukosten ohne die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer berücksichtigt.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen und für den Entwurf der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland trägt die Kosten für den Grunderwerb und den Bau der Ortsumgehung Guben; die Republik Polen trägt die Kosten für den Grunderwerb und den Bau der Ortsumgehung Guben (Gubin).

Artikel 7 Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Republik Polen den von ihr für die Grenzbrücke zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

(2) Die Republik Polen wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstrittigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, der Bestellurkunden und der festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum

Umschreiten der Grenze durch die Republik Polen erforderlich ist; die Republik Polen trägt die Kosten für den Winterdienst; die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Ortsumgehung Guben (Gubin) sowie die Reinigung und den Winterdienst übernimmt die Republik Polen.

Artykuł 6 Koszty

1. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty pozyskania gruntów, budowy mostu granicznego jak również koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1, dla tej części mostu, która znajduje się na jej terytorium. Przy podziale tych kosztów nie należy uwzględniać polskiego podatku od towarów i usług. Podatek ten będzie obciążał wyłącznie Rzeczpospolitą Polską.

Koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1 będą wynosiły 10 % kosztów budowy mostu bez uwzględnienia polskiego podatku od towarów i usług.

2. Istniejąca dokumentacja niezbędna do planowania i projektowania mostu granicznego zostanie bezpłatnie przekazana wzajemnie do dyspozycji. W szczególności chodzi tu o dokumentację geodezyjną oraz badania gruntu.

3. Republika Federalna Niemiec ponosi koszty pozyskania gruntu i budowy objazdu miejscowości Guben; Rzeczpospolita Polska ponosi koszty pozyskania gruntu i budowy objazdu miejscowości Gubin.

Artykuł 7 Płatności

1. Republika Federalna Niemiec będzie przekazywała Rzeczpospolitej Polskiej przypadające na nią części płatności zaliczkowych dotyczących mostu granicznego, które dokonywane będą na rzecz zleceniobiorców odpowiednio do postępu prac budowlanych.

2. Rzeczpospolita Polska powiadamiać będzie Republikę Federalną Niemiec z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowym zapotrzebowaniu na środki finansowe dla płatności zaliczkowych oraz informować o stanie wypłat, przedstawiając zestawienia, w których wykazane będą wysokości i daty wypłat.

3. Republika Federalna Niemiec zapłaci resztę swego udziału w kosztach po odbiorze końcowym i rozliczeniu.

4. Wszystkie płatności Republiki Federalnej Niemiec dokonywane będą w markach niemieckich.

5. Powstanie rozbieżności nie wstrzymuje płatności kwot nie będących przedmiotem sporu.

6. Republika Federalna Niemiec otrzyma kopie umów budowlanych zamówień i potwierdzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artykuł 8 Prawo przekraczania granicy

1. Pracownicy każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego oraz wszyscy inni biorący udział w budowie obywatele Umawiających się Stron i obywatele państw członkowskich Unii Europejskiej, które z Rzeczpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, mogą dla realizacji tego zadania przekraczać granicę w rejonie placu budowy mostu granicznego oraz przebywać na tej części placu budowy, która znajduje się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, którzy są zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, mogą przekraczać granicę w rejonie placu budowy, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i pozwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Republiką

Übertritt über die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten beschäftigten Personen unterliegen den polnischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob sie Arbeiten in dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Polen ausführen.

(4) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(5) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(6) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9

Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Grenzbrücke bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom 18. Dezember 1972.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Pracownicy wymienieni w ustępie 1 oraz inne zatrudnione osoby wymienione w tym ustępie podlegają polskiemu przepisom prawnym w zakresie uzyskiwania zezwoleń na pracę dla cudzoziemców, niezależnie od tego, czy prace wykonywane będą na terytorium Republiki Federalnej Niemiec czy Rzeczypospolitej Polskiej.

4. Każda z Umawiających się Stron będzie zawsze bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

5. Szczegółowe zagadnienia dotyczące utrzymania bezpieczeństwa i porządku w rejonie placu budowy mostu granicznego zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe władze graniczne we wzajemnym porozumieniu.

6. Niniejsze ustalenia będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą odrębnych porozumień dotyczących przekraczania granicy.

Artykuł 9

Postanowienia podatkowe

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane będą w związku z budową mostu granicznego należy stosować polskie prawo dotyczące podatku od towarów i usług. Od obrotów tych nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

2. Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe za wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy mostu granicznego. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwarancje nie są wymagane. Postanowienia zdania pierwszego nie obowiązują przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

3. Towary potrzebne do budowy mostu granicznego nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym ograniczeniom i zakazom.

4. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje oraz udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązujących ich przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień ustępów od 1 do 3. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania na placu budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień ustępów od 1 do 3, które określono w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym prawa suwerenności Umawiających się Stron pozostają nienaruszone.

5. Nienaruszone pozostają postanowienia Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokółu do tej Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r.

Artykuł 10

Komisja Mieszana

1. Do spraw budowy mostu granicznego zostanie utworzona niemiecko-polska Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z przewodniczących obu delegacji oraz z członków delegowanych na posiedzenia przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swym przewodnictwem posiedzenie Komisji, w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbyć się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur

- a) Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme des Bauwerks,
- f) Kostenteilung für den Bau der Grenzbrücke,
- g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(5) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11 Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des Rechts des jeweiligen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage zu diesem Abkommen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften. Die Anlage ist Bestandteil des Abkommens.

Artikel 12 Sonstige Bauvorhaben

(1) Zur Schaffung der erforderlichen Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Grenzabfertigung des Warenverkehrs (Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren einschließlich der Transportmittel) ist der Bau von Grenzabfertigungsanlagen (Gebäude, Parkplätze, sonstige Einrichtungen) erforderlich. Diese sollen im Hoheitsgebiet der Republik Polen errichtet werden.

(2) Die Errichtung der Grenzabfertigungsanlagen und die damit zusammenhängenden Fragen werden von den Vertragsstaaten auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

Artikel 13 Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 14 Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß

2. Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie podstawowych problemów dotyczących budowy mostu granicznego jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

- a) konstrukcji i wymiarów mostu granicznego,
- b) określenia zakresu wspólnych prac,
- c) sprawdzenia projektu budowlanego i propozycji zlecenia prac,
- d) osiągnięcia wspólnego stanowiska odnośnie płatności i warunków płatności,
- e) odbioru obiektu budowlanego,
- f) podziału kosztów budowy mostu granicznego,
- g) przekazania i przyjęcia obiektu budowlanego,
- h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

3. Każda delegacja w Komisji Mieszanej może zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia dokumentów, które uzna za niezbędne do przygotowania decyzji Komisji.

4. Każda z Umawiających się Stron może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

5. Komisja Mieszana podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 11 Ochrona danych osobowych

Jeśli na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z regulacjami prawa każdej z Umawiających się Stron, przekazywane będą dane osobowe, obowiązują w odniesieniu do nich przy przestrzeganiu przepisów prawnych każdej z Umawiających się Stron, ustalenia zawarte w Załączniku do tej Umowy. Załącznik jest częścią składową niniejszej Umowy.

Artykuł 12 Pozostałe przedsięwzięcia budowlane

1. W celu uzyskania wymaganej wydajności oraz funkcjonalności odpraw granicznych towarów (wvóz, wywóz i przewozy towarów tranzytem, łącznie ze środkami transportu) wymagana jest budowa urządzeń odprawy granicznej (budynki, parkingi i inne urządzenia). Powinny być one zlokalizowane na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Budowa urządzeń odprawy granicznej oraz problemy z nią związane będą uregulowane oddzielnie między Umawiającymi się Stronami na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską z dnia 29 lipca 1992 r. o ułatwieniach w odprawie granicznej.

Artykuł 13 Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 14 Okres obowiązywania i zmiany Umowy

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona, uzupełniona albo uchylona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmieniają się zasadniczo warunki, na jakich była ona

bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Neuregelung verhandeln.

zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie ustalenia nowych uregulowań.

Artikel 15
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 15
Wejście w życie Umowy

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko, jak będzie to tylko możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

**Anlage
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Zusammenschluß
der deutschen Bundesstraße B 97
und der polnischen Landesstraße 274
sowie über den Bau einer Grenzbrücke
im Raum Guben und Gubinek**

**Załącznik
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o połączeniu
niemieckiej drogi federalnej B 97
i polskiej drogi krajowej 274
oraz o budowie mostu granicznego
w rejonie Guben i Gubinka**

Datenschutz

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.

Ochrona danych osobowych

- 1) Wykorzystanie danych przez odbiorcę dopuszczalne jest jedynie w podanym celu oraz przy zachowaniu warunków określonych przez tę z Umawiających się Stron, która dane te przekazuje.
- 2) Na prośbę odbiorca informuje Umawiającą się Stronę, która przekazuje dane, o sposobie ich wykorzystania oraz o osiągniętych dzięki temu rezultatach.
- 3) Dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie tym jednostkom, które są upoważnione do ich odbioru. Dalsze przekazywanie danych innym jednostkom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez jednostkę przekazującą dane.
- 4) Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest do zwrócenia uwagi na ich prawidłowość oraz potrzebę ich dostarczenia z uwzględnieniem celu, któremu ma służyć przekazanie tych danych. Należy przy tym przestrzegać obowiązujących zakazów przekazywania danych według prawa każdej z Umawiających się Stron. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawidłowe albo dane, których nie wolno było przekazać, należy powiadomić o tym niezwłocznie odbiorcę. Zobowiązany on jest do poprawienia albo zniszczenia danych.
- 5) Na wniosek zainteresowanego należy poinformować go o istniejących danych, które dotyczą jego osoby oraz o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek informowania nie istnieje, jeśli okaże się, że w przypadku nie udzielenia informacji interes publiczny przeważa nad interesem osoby, której udzielonoby informacji. Poza tym prawo zainteresowanego do otrzymania informacji o istniejących danych dotyczących jego osoby respektowane jest według prawa tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.
- 6) Jeśli ktoś poniesie szkody wskutek sprzecznego z prawem rozpowszechniania informacji pozyskanych w ramach wymiany danych według niniejszej Umowy, odpowiedzialność wobec niego spoczywa na Stronie odbierającej dane zgodnie z obowiązującym ją prawem. Dla oczyszczenia się z zarzutów nie może ona w stosunku do poszkodowanego powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez Stronę przekazującą dane.

7. Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
 8. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
 9. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- 7) Umawiająca się Strona, która przekazuje dane, informuje przy przekazywaniu o terminach ich likwidacji obowiązujących według jej prawa. Niezależnie od tych terminów, należy zlikwidować przekazane dane osobowe w przypadku, jeżeli dla tego celu, dla którego zostały przekazane, nie są już wymagane.
 - 8) Umawiające się Strony są zobowiązane do udokumentowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych osobowych.
 - 9) Umawiające się Strony są zobowiązane do skutecznego chronienia przekazanych danych osobowych przed nieupoważnionym dostępem, nieupoważnioną zmianą i nieupoważnionym podaniem do wiadomości.

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek Nachstehendes vereinbart, das Bestandteil des Abkommens ist:

1. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke sicherzustellen, wird nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen.
2. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protokół

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

przy okazji podpisania Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o połączeniu niemieckiej drogi federalnej B 97 oraz polskiej drogi krajowej 274 i o budowie mostu granicznego w rejonie Guben i Gubinka, przyjęły następujące uzgodnienia, które stanowią integralną część tej Umowy:

1. W celu możliwie najszybszego oddania do eksploatacji mostu granicznego oraz przejścia granicznego i dla poprawy warunków komunikacyjnych, prace budowlane zostaną rozpoczęte po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie.
2. Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć; uzgodnienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Kultur und Bildung
der Republik Litauen
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

Vom 26. März 1996

Die in Wilna am 1. Juni 1994 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Kultur und Bildung der Republik Litauen über jugendpolitische Zusammenarbeit ist nach ihrem Artikel 8

am 27. November 1995

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. März 1996

**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Im Auftrag
Dr. Wabnitz**

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Kultur und Bildung
der Republik Litauen
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und
das Ministerium für Kultur und Bildung
der Republik Litauen –

auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Juli 1993 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen,

auf der Grundlage des Abkommens vom 21. Juli 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über kulturelle Zusammenarbeit,

überzeugt von dem wesentlichen Beitrag der Jugend beim Aufbau von gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit,

in dem Willen, die gegenseitigen jugendpolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auszuweiten und zu vertiefen,

mit dem Ziel, das gegenseitige Kennenlernen der Jugendlichen beider Länder voranzubringen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern in jeder Weise die allseitigen Verbindungen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Jugend beider Länder durch Begegnungen, Austausch und Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Bereichen der Jugendarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

(2) Die Vertragsparteien eröffnen die Möglichkeit des Jugendaustauschs für Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten und ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Mehrheitsbevölkerung oder zu einer nationalen Minderheit. Die Teilnahme an Programmen ist nicht von der Zugehörigkeit zu einem Jugendverband abhängig.

(3) Am Jugendaustausch können grundsätzlich Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren teilnehmen. Unter diese Altersbegrenzung fallen nicht Begleitpersonen sowie Fachkräfte und Multiplikatoren der Jugendarbeit. Weitere Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Vertragsparteien.

(4) Diese Vereinbarung umfaßt nicht den Austausch von Jugendlichen zu Zwecken des Studiums oder der wissenschaftlichen Arbeit, der Berufsausbildung, der Arbeitsaufnahme, den Schüler- und Lehreraustausch sowie den Austausch und die Begegnung auf dem Gebiet des Leistungssports.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien unterstützen Kontakte, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen allen Gliederungen der staatlichen und nicht-staatlichen Trägern der Jugendarbeit.

(2) Die Jugendverbände und Jugendgruppen sowie die in der Jugendarbeit tätigen Institutionen und Organisationen führen die Programme aufgrund direkter Absprachen und in eigener Verantwortung durch.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien unterstützen insbesondere folgende Arten und Formen der jugendpolitischen Zusammenarbeit:

1. Gemeinsame Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Jugendarbeit und Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen und Jugendverbänden;
2. Hospitationen für Fachkräfte der Jugendarbeit;
3. Jugendtreffen zum vertiefenden gegenseitigen Kennenlernen und zur besseren Verständigung;
4. gemeinsame Seminare und Veranstaltungen über politische, soziale, geschichtliche, landeskundliche, kulturelle, künstlerische sowie wirtschaftliche Themen;
5. freiwillige gemeinsame Arbeiten der Jugend zu Zwecken des Gemeinwohls (work-camps);
6. gemeinsame Maßnahmen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes;
7. gemeinsame Maßnahmen mit behinderten Jugendlichen und Fachkräften der Arbeit mit Behinderten;
8. gemeinsame Maßnahmen im Bereich der kulturellen, geistes- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Jugendbildung;
9. Begegnungen und Erfahrungsaustausch im Bereich der sportlichen Jugendarbeit;
10. Begegnungen und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Erwerbstätigen;
11. Austausch von Jugendgruppen im Rahmen von kommunalen und regionalen Beziehungen;
12. gemeinsame Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Jugendpolitik und der Jugendforschung;
13. Austausch von jungen Journalisten und von Vertretern und Vertreterinnen der Jugendmedien.

(2) Die Vertragsparteien räumen der fachlichen Zusammenarbeit Vorrang ein vor Programmen der Jugendbegegnungen.

Artikel 4

(1) Zur Durchführung dieser Vereinbarung, zur Auswertung der jugendpolitischen Zusammenarbeit, zur Koordinierung der Programme und Maßnahmen sowie zur Festlegung von Schwerpunkten der jugendpolitischen Zusammenarbeit und ihrer zukünftigen Entwicklung werden jährlich Protokolle vereinbart.

(2) Die Protokolle können zwischen beiden Vertragsparteien direkt in gemeinsamen Sitzungen oder über die jeweiligen Botschaften vereinbart werden.

(3) Zur vertiefenden Auswertung und zur Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit können bei Bedarf hierfür Tagungen und Kolloquien veranstaltet werden.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien stellen für den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen im Jugendbereich öffentliche Mittel nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, die finanziellen Rahmenbedingungen für die jugendpolitische Zusammenarbeit zu verbessern.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren die devisaunabhängige Durchführung des Austausches. Für die Programme und Maßnahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit gilt grundsätzlich:

- a) Die empfangende Seite trägt die Kosten für den Aufenthalt, die Kosten für das Programm und gegebenenfalls der Reisen, die zum Programm gehören. Sie verpflichtet sich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Dauer des Aufenthalts ausreichend gegen Unfall, Krankheit und Schadensersatzansprüche zu versichern. Ausgenommen hiervon sind chronische Erkrankungen und Zahnersatz. Wenn nicht anders vereinbart, stellt die gastgebende Seite eine Dolmetscherin/eine Sprachmittlerin oder einen Dolmetscher/einen Sprachmittler.
- b) Die entsendende Seite trägt die Kosten für die Hinreise zu dem Ort des gemeinsamen Programmbeginns sowie für die Rückreise.

(2) Beide Seiten können den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Programmen ein Taschengeld gewähren. Die Höhe des Taschengelds wird jährlich von den beiden Vertragsparteien festgelegt.

(3) Beide Seiten erteilen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Visa kostenfrei. Beide Seiten bemühen sich, die Visa unverzüglich zu erteilen.

Artikel 7

(1) Diese Vereinbarung schließt nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer oder zusätzlicher Kontakte und Vorhaben in der beiderseitigen jugendpolitischen Zusammenarbeit aus.

(2) Diese Vereinbarung berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften.

Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung angesehen.

Artikel 9

Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Sie verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere fünf Jahre, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Wilna am 1. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
Cornelia Yzer

Für das Ministerium für Kultur und Bildung
der Republik Litauen
Dainius Trinkūnas

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den internationalen Handel
mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 17. April 1996

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Fassung der Änderung vom 22. Juni 1979 (BGBl. 1975 II S. 773; 1995 II S. 771) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Barbados	am	9. März 1993
Korea, Republik	am	7. Oktober 1993
Tschechoslowakei, ehemalige	am	28. Mai 1992

Die Slowakei und die Tschechische Republik haben der Regierung der Schweizer Eidgenossenschaft am 2. März 1993 beziehungsweise am 14. April 1993 notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, an das Übereinkommen gebunden betrachten.

Die Niederlande haben am 29. Dezember 1994 der Regierung der Schweizer Eidgenossenschaft die Erstreckung des Übereinkommens in seiner vorstehenden Fassung auf Aruba mit Wirkung vom 29. März 1995 notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1995 (BGBl. 1996 II S. 151) und vom 18. August 1995 (BGBl. II S. 771); diese wird hinsichtlich des Erstreckungsdatums für Aruba insoweit berichtigt.

Bonn, den 17. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann